

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Copialat Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unvollständig eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 295

Donnerstag, den 19. Dezember 1918

13. Jahrgang

### Wilson für Öffentlichkeit der Friedensverhandlungen.

#### Wochenschau.

Seit einer Woche weiß Präsident Wilson auf europäischem Boden. Noch ist von seinem Einfluß in der Befestigung der Waffenstillstands- und Friedensbedingungen wenig zu hören. Nun, die Ueberfahrt war sehr stürmisch und wird die Passagiere angegriffen haben. Die Empfangsessen und Bankette werden die gesunkenen Lebensgeister hoffentlich bald aufrichten. Die Nachricht scheint sich zu bewahrheiten, daß Wilson nicht an der Konferenz teilnehmen, sondern nur von außen als — ja als was? — eingreifen will. Vielleicht hat Frankreich das durchgesehen und frohlockt darüber, weil es nun wohl den Vorposten haben dürfte, der sonst Wilson zugefallen wäre. Dann wäre uns! Vielleicht, und das wollen wir hoffen, wollte Wilson selbst sich nicht an die Spitze der Feinde setzen, um Passer selbst Vorgesand als Vermittler walten zu können. Um als Vertreter einer höheren Gerechtigkeit und des Völkerbundes und Weltfriedensgedankens über den Parteien zu stehen. Aus den wenigen Nachrichten, die über seine Neben zu uns gedrungen sind, dürfen wir diese Hoffnung vielleicht schöpfen.

Der schwere Akt, der auf uns lastete, ist gewichen, der Waffenstillstand ist bis zum 17. Januar verlängert worden und soll dann weiter bis zum Friedensschluß ausgedehnt werden. Aber er ist nicht gemildert, er ist verschärft worden. Unnachlässig wird das rollende Material aus unseren Bahnen gezogen und das ist das selbe, als wenn man einem lebenden Wesen Blut entzieht. Der bittere Reiz ist offensichtlich noch nicht geleert, wann werden wir ihn wieder mit süßem Melne füllen dürfen?

Im ganzen Reiche gährt noch der Mangel. So ist es in Dresden zu Unruhen gekommen, finden in Berlin immer weitere Ausschreitungen der Spartakisten statt. Aber die Grundsteine zum Neubau werden auch schon gelegt und in Anhalt, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit, in Mecklenburg, wo Sozialdemokraten und Bürgerliche gleichviel Abgeordnete entsenden, sind die Landesversammlungen gewählt. Welchen Gemeinwohlwählern in Braunschweig haben die Unabhängigen zum ersten Male den Sieg über die Mehrheitssozialisten davongetragen. Die Klärung schreitet fort. Die Unabhängigen haben sich von den Spartakisten getrennt. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß das wohl nur Wahlfakt ist, die unabhängigen Sozialdemokraten streben Stimmen zu verlieren, wenn sie mit Demokratie gemeinsame Sache machen.

Endlich hat sich auch Bremen nach überdies, seine Bemühungen, den toten Reichstag, der zwar nicht aufgelöst, aber einfach gestorben ist, zu galvanisieren, hat er zuletzt aufgegeben. Selber aber zeigen die Verhandlungen in A. und S. Rat in Berlin, daß diese Körperlichkeit nicht arbeitsfähig ist und auch nicht den Willen für Wesentliche besitzt. Sonst wäre der Wahltermin für die Nationalversammlung schon längst entschieden worden. Stürmisch verlangt das ganze Volk die Einberufung derselben im Januar, — Montag schon hätte die Entscheidung fallen sollen — noch immer steht sie aus.

In der Demokratie, wo es auf die Mitarbeit aller ankommt, ist jedes Ereignis wichtig. Darum dürfen wir auf die Ereignisse in unserer Stadt aus mit Benutzung bilden. Mit einem Schlage sind die Frauen in die Politik eingetreten und haben sich eine starke Organisation, einen Demokratischen Wahlverein geschaffen, der bereits über 400 Mitglieder zählt. Und gestern haben sich die verschiedenen Männergruppen liberaler Richtung ebenfalls zum Demokratischen Wahlverein (beide zur Deutschen Demokratischen Partei) vereinigt. Nun gilt es arbeiten! Arbeiten für Recht und Freiheit, Ordnung und Wiederaufbau unseres Reiches!

### Die Reichskonferenz der A. und S.-Räte in Berlin.

#### Dritter Tag.

Die Forderungen der Soldaten. — Empfang einer Arbeiterdeputation. — Annahme wichtiger Punkte.

Am gestrigen dritten Tage der Verhandlungen waren Saal und Tribünen wieder gut besetzt. Zunächst wird über die gestern von einer Soldatendeputa-

tion überreichten Anträge der Gardetruppen beraten. Diese lauten: Einsetzung eines obersten Soldatenrates, der die Kommandogewalt ausübt. Die Rangabzeichen sind verboten. Die Offiziere sind zu entwaffnen. Für die Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich.

Ein soldatischer Vertreter Hamburgs fährt aus: Die Mehrheit der hamburgischen Kameraden stellt die gleichen Forderungen wie die Berliner, doch ist es nicht möglich, diese Sachen in Bausch und Bogen zu erledigen. Es ist ein Unterschied zwischen dem 18jährigen Schmuckleutnant, der die Rekruten drangsalirt, und einem militärisch durchgebildeten Offizier. Wir haben daher beschlossen, daß der alte Offizier im 9. Armeekorps im Amt bleibt. (Sehr richtig!) Wir schlagen vor, daß die Anträge als Richtlinien betrachtet, die Einzelheiten dagegen den sechs Volksbeauftragten unter Kontrolle des Volksrates überlassen werden, die im Einvernehmen mit den Soldatenräten von Marine und Heer festgesetzt werden. Den Kommandierenden General in Hamburg haben wir abgesetzt. Im übrigen ist der größte Teil der Offiziere des Generalkommandos als Verwaltungsorgan belassen worden.

Marinevertreter Tost: Der gestrige Vorgang ist auf die Stadtkommandantur zurückzuführen. Die Kameraden sind zu diesem Schritt getrieben worden. Die gestrige Erregung beruht wohl nur auf der Forderung der sofortigen Annahme. Jemand ein Widerspruch dürfte gegen die Forderung der Truppen von einem Angehörigen der unteren Chargen, namentlich gegen die Weisung der Offiziersabteilungen, nicht erhoben werden. Unliebame Offiziere müssen verschwinden, sonst führt die Unsicherheit überhaupt nicht auf. Wir müssen die Anträge annehmen.

Sahm: Wir hatten gestern den Eindruck, daß es sich um eine politische Demonstration handelte, nicht um die Betonung der Wichtigkeit der Forderungen. (Debattierte Zustimmung.) Dagegen müssen wir uns wehren. Die Berliner stellen sich selber ein Armutsgeldnis aus, daß sie sich selbst helfen können. Wir haben Ziel erreicht, weilbedeutend sind die Anträge bis auf den ersten nicht. In Bausch und Bogen können wir sie nicht annehmen.

Der Vorsitzende Heinert stellt folgenden Zusatzantrag mit: Die Kommandogewalt in den Garnisonen liegt in den Händen der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte.

Sogt-Breslau: Im ganzen Reiche, außer in Berlin, sind die Anträge schon durchgeführt, nur in Berlin scheint man über den Neben das Handeln zu vergessen. Das Bild von gestern Abend konnte uns keinen Respekt verschaffen. Man soll nicht Sachen arrangieren, die doch gar zu sehr nachgemacht aussehen. Annulliert aus der Masse der Berliner konnte die Demonstration nicht entstanden sein, dazu ist die Wehrheit der Berliner Kameraden zu vernünftig. (Stürmische Zustimmung, bei einzelnen Widerspruch.) Was man in der Provinz hat durchsetzen können, muß auch in Berlin möglich sein.

Däumig (Mitglied des Volksrates Berlin): Welcher Revolution sollte zunächst der Militarismus beseitigt werden. Die Spitze ist weggefragt, der Bau erschüttert, aber sein Geißt, seine Organisation sind noch sehr lebendig. Die Forderungen sind durchaus würdig gestellt worden. Wir sind in Berlin deshalb noch nicht so weit, weil die Volksbeauftragten uns immer widerstand geleistet haben. Es bereitet sich wieder einmal vor. Die Volksbeauftragten erzählten uns von einem neuen Entwurf für die Volkswehr. Der Rat der Volksbeauftragten muß jetzt einen Kriegsmilitär einsehen, der das Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte besitzt, und nachgeordnete Leute einsetzen, die von einem neuen Geißt besetzt sind.

Ein Vertreter der Westfront: In den meisten Punkten sind wir mit den Berliner Kameraden einig, aber es geht nicht, alle Offiziere abzusagen. Heute nachmittag findet eine Beratung der Berliner Truppen statt. Ich bitte daher, die Entscheidung bis dahin hinauszuschieben.

Seher: Eine Vertagung ließe Verschleppung der Sache und Förderung der Gegenrevolution.

Vorsitzender Heinert teilt mit, daß die gestrige Deputation der Gardetruppen wieder erschienen ist; sie wünscht mit Vertretern der Fraktionen zu verhandeln, ihre Forderungen wollen sie ändern. Es

wird beschlossen, die Weiterberatung auszusparen, bis das Ergebnis der Beratung mit den Soldaten vorliegt.

Darauf wird in der Abstimmung der gestern gestellte Schlußantrag auf Beendigung der Beratung über die Berichte des Volksrates und des Rates der Abgeordneten angenommen. Die Verhandlungen werden um 10 Minuten vertagt.

Nach Wiederaufnahme teilt der Vorsitzende mit, daß wieder einige Deputationen, darunter Vertreter der Berliner Arbeiter, erschienen sind; sie drohen, daß sie, falls man sie nicht vorlässe, morgen mit 250 000 Arbeitern die Arbeit niederlegen wollen. Das gleiche Recht wie die Berliner müssen alle deutschen Arbeiter haben, und unsere Beratungen fortgesetzt unterbrechen können. Wozu kommen wir, wenn auch die Eisenbahner in den Werkstätten und im Verkehr die Arbeit einstellen und hierher kommen würden? Das können wir nicht veranworten. (Debattierte Bravo!) Der Kongress arbeitet im Namen der gesamten Arbeiter Deutschlands. (Debattierte Zustimmung.)

Es wird fast einstimmig beschlossen, für die Empfänge von Deputationen einen besonderen Saal zur Verfügung zu stellen. In diesem Augenblick erscheint eine große Arbeiterdeputation im Saale, sie trägt Plakate und rote Fahnen.

Vorsitzender Heinert macht die Deputation auf den soeben gehaltenen Beschluß aufmerksam und bittet sie, sich dabei zu betheiligen. (Bravo!) Der Führer der Arbeiterdeputation versucht zu sprechen, wird aber von großem Lärm und der Präsidentenklode überdort. Schließlich vertritt sich der Vorsitzende dazu, diesmal noch die Forderungen der Arbeiterklasse anzuhören. Nachdem der Führer die Forderungen vorgetragen hat, verläßt die Arbeiterdeputation allmählich den Saal.

Rummeier erhält Richard Müller das Schlußwort zum Bericht. Die Deputierten scheinen mit vorgetragener Meinung hierhergekommen zu sein. Wenn Landsberg dem Volksrat die Angelegenheit von der Verhaftung der Großindustriellen in die Schuhe schiebt, so beweist er nur, daß ihm jedes Mittel recht ist. (Widerpruch.) Daß die Unabhängigen das Wolff-Wort besetzt hätten, ist unrichtig. Der Zusammenschluß der 40 Hundstaktionen wurde verhindert. Eine Kontrolle der Frankfurter ist aber dringend notwendig. Die Nachrichtenämter sind noch von Offizieren besetzt. Wir haben geglaubt, die Revolution führen zu müssen, und werden auf dem als richtig erkannten Wege weitergehen.

Volksbeauftragter Dittmann: Der Volksrat hat bei den Truppen keine Autorität. Eine Vereidigung der Truppen auf ihn hätte das Gegenteil erreicht von dem, was erzielt worden ist. Die Eideformel ist nach dem Vorschlage Landsberg-Dawke vom Rat einmütig beschlossen worden. Dem Antrag Ledebours auf Absetzung Oberts stimmten von 15 Mitgliedern des Volksrates nur 5 zu. (Ordnung!) Gegen Gegenströmungen müssen wir achtsam sein. Die Nationalversammlung ist das große Ziel. Es handelt sich nicht um ein Parlament, sondern um eine Versammlung, welche die Grundzüge für die Sicherung der Ertragschaften der Revolution schafft. Wenn das Proletariat seine Interessen wahrnehmen will, so muß es sich bei den Wahlen zusammenschließen zum Kampfe gegen den Kapitalismus. Es wird helfen! Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Draufender Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung wendet sich Scheidemann gegen Richard Müller und bemerkt u. a.: Im Wolff-Wort wurden unsere amtlichen Meldungen von der anderen Seite kontrolliert. Das ging nicht an. Das die Ende kam mit einer Rechnung über 30 000 Mark nach. Wir hätten fröhlich gehandelt, wenn wir gegen diese Wirtschaft nicht Einspruch erhoben hätten.

Es wurde dann über die vorgelagerten Anträge abgestimmt. Ein Antrag, der bürgerlichen Presse nur eine Prozentige Verzinsung ihres Anlagekapitals zu belassen und den Rest der Reichskasse zu überweisen, wird dem Volksrat überwiesen. Angenommen wird ein Antrag auf Entwaffnung der Gegenrevolution, baldige Befreiung der Kriegsgefangenen, Uebertragung der geschiedenen und Gewaltgewalt auf den Rat der Volksbeauftragten bis zur Nationalversammlung, Ueberwachung der Reichs- und Landesämter durch die Volksbeauftragten. Bei Berufung der Sachminister ist der Zentralrat zu hören. Angenommen wird weiter ein Antrag, daß dem Volk

gerade  
Stra-  
tische  
steh  
waren.  
amerikanische  
ellen, ist die  
industrie Pa-  
gentums an  
schaft trägt  
Kapital von  
des deut-  
nd gültig  
t.  
vonech in  
300 000 Kro-  
phonetongerte.  
ammlung in  
nd Staat.  
ng.  
en 19. Dez.  
51 bis 9150  
r Stadt.  
allt  
tag 1  
d.  
erleb (auch  
einer aktuell  
brift an allen  
onen  
Ordnungs-  
Kaufhaus,  
N. 24.  
dover (Wien,  
g. zweifelhafte  
auswärtigen  
läßt, sucht  
sstelle  
er. A.T. 5750  
cht, abholen.  
dchen  
ellung  
n Haus  
e man mit  
b. 21. 20.  
uft erh.  
sch.?  
T. 5749 an  
b. 21. 20.  
alchime  
Vilgch. H.  
Hier Tabl.  
Marrage,  
ngen,  
sferd  
e 27. III.  
phon  
traße 24.  
d-Vinag.  
i. Silefel.  
en.  
a der Ge-  
er  
ergleher,  
it. Große,  
Wittard-  
au verlauf.  
r. 9. 1.  
oline,  
Auerst  
il.  
S. 8.  
theo  
sofa,  
Luhbaum),  
er 4. vert.  
-24. 31.  
ahn  
ju ver-  
r. 7. II.  
A!  
ramm-  
zu ver-  
3. 2. 1.  
verkauft  
46. III. L.

genaus die Aufhebung der Arbeit, und die... die Aufhebung der Arbeit, und die... die Aufhebung der Arbeit, und die...

Volksbeauftragter Haase berichtet kurz über die Verhandlungen mit den Soldaten. Roske, Beigeordneter zum Reichsmarineamt: Bei dem Marineamt besteht der Wunsch, sobald wie irgend möglich mit der Mannschafteinstellung fortzufahren.

### Die Friedensverhandlungen.

Beginn: Mitte Januar.

Eine Note der Pariser Agence Havas erklärt, daß die Friedensverhandlungen wahrscheinlich in der ersten Hälfte des Monats Januar beginnen werden.

Aus Paris wird gemeldet, daß Präsident Wilson das für eintritt, bei den Friedensverhandlungen die Geheimdiplomatie nach Möglichkeit auszuscheiden.

Wilson's Absichten.

Die „Morning Post“ meldet aus Paris: Präsident Wilson wird bis zum Abschluß der Vorbedingungen in Europa bleiben. Der Präsident sagte beim Empfang der Pariser Gemeindevorsteher, seine Aufgabe sei, Sieger und Besiegte im Weltkrieg ehrenvoll zusammenzubringen.

Wilson in Paris.

Beim vorgestrigen Nachmittagsbesuch im Pariser Stadthaus erwiderte Wilson auf eine Rede des Stadtratspräsidenten, das amerikanische Volk sei um so starker durch die Ungerechtigkeit dieses Krieges, als es mußte, wie er ausgehebt wurde.

Der französische Imperialismus.

Wie die Pariser „Humanité“ mittelst, erkennen die französischen Sozialisten ebenfalls die Neujahrung des Volkswillens in Elsch-Verträgen als Pflicht an.

Das Schicksal der deutschen Handelsflotte.

Die „Daily Mail“ will erfahren haben, daß durch die Bestimmungen der Waffenstillstandskommission über die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln der Entscheidung hinsichtlich der Verwertung der deutschen Flotte nicht vorgegriffen worden ist.

Wahrscheinliche Kundgebungen für Frankreich.

Die Stadterretungen Hagenau, Zabern und Saarcomblé beschlossen in Resolutionen, daß ihre Gemeindevorstellungen mit großer Mehrheit für die Wiedervereinigung Elsch-Verträgen mit Frankreich eintreten.

Die Ablieferung der Lokomotiven.

Bei der Übernahme der von uns abzuliefernden Lokomotiven geht die Entente peinlich genau vor. Maschinen, die nicht völlig betriebsfähig sind, werden nicht abgenommen.

### Schamlose tschechische Entbillungen.

Das System des tschechischen Selbstverrats.

Die Tschechen enthalten nunmehr das ganze System des Selbstverrats: „Kozobni Dity“ schildert dieses.

also! Alles wurde verraten: Truppenbewegungen, Munitionstransporte, strategische Pläne, die wirtschaftliche Lage, Stimmungslagen bei Hofe, Ministerbriefe, militärische Geheimbefehle, Statthaltererlasse, Waffenbestellungen, belauschte Gespräche, die Berenlogge, ja sogar ganze Seiten aus Notizbüchern österreichischer Minister. Und diese Dinge gingen in Geheimschrift über die Grenze, die Originale in den Drähten der Regenschirme, in den Händen der Bächer, im Griff des Koffers, als Inhalt der Rucksäcke, oder mit unsichtbarer Tinte auf die feidenen Unterröcke einer Opernsängerin geschrieben oder einmontiert in die Kolben einer Maschine.

### Ein Wiederaufbauversuch des Zarismus fehlgeschlagen.

Eine tschechische Entbillung.

Die Pläne der russischen Reaktionen über die Wiederherstellung der Zarenherrschaft in Russland sind infolge der Entbillungen des Stockholmer Blattes „Dagens Nyheter“ gescheitert.

Die Pläne der russischen Reaktionen über die Wiederherstellung der Zarenherrschaft in Russland sind infolge der Entbillungen des Stockholmer Blattes „Dagens Nyheter“ gescheitert. General Trepow ist unvollständiger Dinge wieder nach Finnland abgereist.

Aktive politische Maßnahmen.

Kundgebungen gegen die polnischen Vorkundgebungen in Danzig. Eine große Kundgebung der deutschen Bevölkerung Danzigs gegen die polnischen Vorkundgebungen fand vorgestern nachmittag anlässlich der Annahmestunde des preussischen Ministers Hirsch in Danzig statt.

Kundgebungen in Schleswig. In Flensburg fanden Kundgebungen gegen die Ansprüche der dänischen Partei auf Flensburg und Mittel- und Südschleswig statt.

Englands Willen auf Belgien. Der militärische Sachverständige Lord Sudeham verlangt in einem Bericht an die „Times“, daß Belgien entweder entwaffnet und unter dänische Souveränität gestellt oder unter Garantie, daß die Befestigungen nicht wieder hergestellt werden, England zurückgegeben werde.

Starke Mehrheit für Lloyd George. Lloyd George verfügt im neu gewählten englischen Parlament über eine Mehrheit von 115 Stimmen über alle Oppositionspartien.

Der Hetman als Verräter? Die „Morning Post“ meldet aus Kiew: Der Hetman der Ukraine hat sich den Willkürten zur Verfügung gestellt und die Internierung des noch in der Ukraine stehenden deutschen Truppen angeboten.

Die italienischen Offiziersverluste. Aus Erklärungen des italienischen Kriegsministers geht hervor, daß Italien während des Krieges 48000 Offiziere verloren hat, von denen 18000 gefallen sind, während 30000 schwer verwundet wurden.

Auch die Spanier verlassen Deutschland. Das spanische Generalkonsulat in Berlin forberte die spanischen Staatsangehörigen zur Heimreise aus Deutschland auf.

## Don Stadt und Land. Die demokratische Bewegung in Aue. Die Verschmelzung der Vereine.

Verammlung im Hotel Victoria.

Ein ungemein wichtiger Schritt in der Einigung und Geschlossenheit des Auer Bürgerturns wurde gestern Abend getan. Die Wahlen zur Nationalversammlung haben von der Aue, desgleichen die zur schlesischen Landesversammlung und zur Stadtverordnetenversammlung, und da gilt es für das gesamte Bürgerturn, gleichwohl, zu welcher politischen Partei der Einzelne sich früher bekannte, in Einmütigkeit zum Wahlergebnis zu streben, um sich eine parlamentarische Vertretung zu sichern, die seiner großen geschichtlichen Vergangenheit sich würdig erweist und Gewähr bietet für einen auch den Interessen des Bürgerturns gerecht werdenden Aufbau des neuen Staates.

Zur Beschlußfassung über die Verschmelzung hatte der Demokratische Wahlverein für das Erzgebirge, Ortsgruppe Aue, zu gestern Abend eine Mitgliederversammlung nach dem Hotel Victoria einberufen.

Die Versammlung war gut besucht. In seiner Begrüßungsansprache führte er aus, daß, nachdem bisher der Arbeitsausschuß alle Arbeiten erledigt hat, nunmehr zur Gründung des Wahlvereins geschritten werden sollte. (Diese Formalität, ebenso wie die folgenden Wahlen, war erforderlich, damit ein rechtskräftiger Beschluß über die Vereinszusammensetzung herbeigeführt werden konnte. D. Red.). Der Wahlverein — so führte Herr Schreiber fort — zählt bisher 280 Mitglieder in Aue, gleiche Wahlvereine sind in vielen Orten unseres Wahlkreises, insbesondere der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, gegründet worden, und der Demokratische Verein der Frauen und Mädchen in unserer Stadt erfreut sich sogar einer Mitgliederzahl von bereits 250. Die bisher geleistete Arbeit ist also sehr vielversprechend.

Ziele und Zweck des Vereins

wie folgt: Kurz nach der Revolution, als das politische und wirtschaftliche Leben darnieder lag, haben sich Vertreter der hiesigen Industrie, des Handels und des Gewerbes zusammengesunden, um tätig zu sein für die Wertschöpfung des Wirtschaftslebens. Eine neue Basis mußte geschaffen werden für die gemeinsame Arbeit aller, die Interesse an volkswirtschaftlichen Leben haben, es mußte danach gestrebt werden, das Bewußtsein zu erwecken für das letzte, neue politische Leben, für die Demokratie.

Die sich anschließende Wahl des ersten Vorstandes fiel einstimmig auf Herrn Justizrat Raabe, der sie dankend annahm mit Hinweis darauf, daß es Pflicht eines jeden deutschen Staatsbürgers sei, politisch tätig zu sein, wenn er von seinen Mitbürgern dazu aufgefordert wird.

Nachdem dann Justizrat Raabe den Vorsitz der Versammlung übernommen hatte, wurde als zweiter Vorstandsmitglied Herr Wilhelm Schreiber gewählt und als Kassierer Herr Buchdruckereibesitzer Selbmann.

Herr Bürgermeister Hofmann

zu etwa folgenden Ausführungen: Wankend wird der Entwurf ja schwerer fallen, aus seiner politischen Vergangenheit sich heraus zu lösen, aber alle Bürgerlichen müssen sich sammeln angesichts der großen Umwälzung, die wir erlebt haben. In der Hauptsache waren es staatspolitische Fragen, welche die Parteien dieses trennten, jetzt aber, wo wir auf dem Boden der Republik stehen, ist auf diesem Gebiete das Trennende fortzuwachen. Etwas anders liegen die Dinge freilich auf wirtschaftlichem Gebiete, namentlich durch den Gegensatz zwischen Stadt und Land; da aber der Einfluß des städtischen Grundbesitzes geschwunden ist, wird eine Annäherung sich anbahnen.

Am Schlusse waren die Mitglieder des demokratischen Vereins erschienen, die nun von Justizrat Raabe mit herzlichem Worten begrüßt wurden, worauf er noch bemerkte, daß das Bürgerturn sich der Grenzlinie bewußt sein müsse, die das Gebiet und nicht weiter! Hier ist die Linie, welche die Demokratie von der Sozialdemokratie scheidet. In manchen Punkten habe

### Letzte Drahtnachrichten.

**Zur Reichskonferenz der K. und G. M. A.**  
Berlin, 18. Dezbr. Der Vorwärts schreibt: Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands hat gestern seine Arbeit ausgeübt, indem er einen Antrag mit gewaltiger Mehrheit zum Beschluß erhob, die zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt der Reichsleitung zu übertragen. Dieser Beschluß ist deshalb von so großer Wichtigkeit, weil er geeignet ist, dem Übergangszustand zu stabilisieren, und weil er die Nationalversammlung als die Instanz anerkennt, welche berufen ist, die Regierungsgewalt endgültig zu ordnen.

**Die Revolution kommt erst!**  
Berlin, 18. Dezbr. Die Dinstag sagte in seiner Ansprache an die etwa 2000 bis 3000 zählenden Demonstranten vor dem Reichskongreß, die sozialistische Revolution in Deutschland habe noch nicht begonnen, sie komme erst und nur die Arbeiterklasse wäre es, die sie ausführen könne.

**Gründung eines Reichskolonialauschusses.**  
Hamburg, 18. Dezbr. Etwa 200 in der Hamburger Wölfe versammel't, den verschiedensten Interessentengruppen angehörige Kolonialdeutsche haben am Mittwoch einen Ausschuß gegründet, welcher einen Zusammenschluß aller Kolonialdeutschen und kolonialen Organisationen zu einem Reichsaussschuh der Kolonialdeutschen anstrebt. Der Ausschuh hat folgendes Programm: Eintreten für Kolonialpolitik, besonders auf der Friedenskonferenz; Neuaufbau der Kolonien auf freierrechtlicher Grundlage; Fürsorge für hilflosbedürftige Kolonialdeutsche und ihre Angehörigen und Hinterbliebenen; Gründung einer Darlehenskasse und Erstattung der Schadenersatzforderungen an die Kolonialdeutschen für den ihnen im Kriege entstandenen Schaden.

**Wie die Franzosen im Elsch haufen.**  
Bern, 18. Dezbr. Die französischen Blätter melden aus Straßburg, daß die Präsidenten des Appellationshofes, Hüßl und Leob, der erste Staatsanwalt Rogt und die Staatsanwälte Wirt, Böding und Reimann, die Gerichtspräsidenten Streckert, Joger und Koch, ferner der Lehrer Gacomotz verhaftet worden sind. Ferner haben die französischen Behörden bei den Bürgermeisterei eine Liste über alle in ihren Gemeinden befindlichen Personen gefordert. Daraus sollen nach vorheriger Kontrolle der Militärbehörden und des Pressekontrollauschusses veröffentlicht werden.

**Eine Anfrage im französischen Parlament.**  
Bern, 18. Dezbr. In der französischen Kammer interpellierte gestern der Deputierte Constant die Regierung wegen des Fehlens einer Klausel in dem Waffenstillstandsvertrag über die Demobilisierung in Deutschland. Der Unterstaatssekretär des Krieges Jeanneux verlangte die Vertagung dieser Interpellation auf unbestimmte Zeit und stellte die Vertrauensfrage. Die Abstimmung ergab die Vertagung auf unbestimmte Zeit mit 310 gegen 175 Stimmen. Die Regierungsmehrheit ist also wieder zusammengeschmolzen.

**Berlin, 18. Dezbr.** Gegenüber der gestrigen Meldung, daß nach der Abreise Polcaros von Mex dort wieder Schäfte geplündert worden seien, und daß Deutsche daran teilgenommen hätten, wird von einem Augenzeugen festgestellt, daß es französische Soldaten waren, die an den betreffenden Geschäften die Schelben einschlugen und die in den Wägen befindlichen Waren raubten. Offenbar sucht man gegen die Deutschen auf alle mögliche Weise Vorwände zu Verhaftungen und Verurteilungen zu finden.

**Die Beschädigungen von Paris.**  
Paris, 18. Dezember. Nach der im „Figaro“ veröffentlichten Statistik über die Beschädigung von Paris mit Bomben erhielt die Hauptstadt im Jahre 1914 45 Bomben, im Jahre 1915 70, im Jahre 1916 81, im Jahre 1917 14 Bomben. Im Jahre 1918 forderten 395 Bombenschläge 1211 Opfer, davon 402 Tote und 809 Verwundete. Die Beppelinfußschiffe waren 228 Bomben ab, die 196 Personen töteten und 417 verwundeten. Am 23. März erhielt Paris 21 Geschosse der „Vertha“.

**Wiffon in Rom.**  
Paris, 18. Dezember. (Agence Haas.) Präsident Wilson wird am Montag mit dem König von Italien in Rom eintreffen.

**In den Unruhen in Portugal.**  
Lissabon, 18. Dezember. „Telegraph“ hält das Eingreifen Frankreichs und Englands bei weiteren Unruhen in Portugal für unvermeidlich, da diese eine Anarchie in Portugal und Spanien nicht dulden könnten.

**Die Kriegshörer in Rumänien wieder obenauß.**  
London, 18. Dezember. Neuter erfährt, daß Bratjanu mit der Bildung der neuen rumänischen Regierung beauftragt wurde, in der er das Wortes für für Auswärtiges erhält und in die auch Tafe Jonecu eintraten wird.

**Hilfe für Wien.**  
Bern, 18. Dezember. In der heutigen Sitzung des Nationalrates begründete Jäger aus Baden seinen von über 40 Mitgliedern des Rates eingereichten Antrag, welcher den Bundesrat auffordert, Vorkessungen zu treffen, um dem Hungerehend in Wien Einhalt zu tun durch direkte Zuweisung von Lebensmitteln aus der Schweiz, sowie durch Anrufung der Hilfe der Entente und Amerika. Bundespräsident Calonder betonte, daß die Schließung der Postwege Wiens selber den Tatsachen entspreche. Es sei klar, daß die Schweiz die Versorgung Wiens nicht allein übernehmen könnte. Einzige die Entente im Bunde mit Amerika könne dieses Problem lösen. Die Schweiz könne keinen Druck ausüben auf die anderen Länder im früheren Kaiserreich, die Stadt Wien zu versorgen, wohl aber könne dies die Entente, und es sei nicht zu bezweifeln, daß sie es tun werde. Es ist eine große Diskussion in Vorbereitung. Der Bundesrat ist bereit, im Einvernehmen mit der Entente das Mögliche zur Hilfestellung zu tun.

**Bern, 18. Dezember.** Der schweizerische Nationalrat hat mit 89 gegen 9 Stimmen das Wajes über die Propagationen zum Nationalrat angenommen.

**Kunwetter. Heute Nachmittag gegen 5 Uhr trat eine plötzliche tiefe Verdunstung des Horizontes ein. Mit einem starken Winde ging heftiges Schneetreiben nieder, das alsbald Straßen und Dächer mit einer weißen Schicht bedeckte.**

**I. Viehzählung in Aue. Bei den letzten Viehzählungen wurden in Aue gezählt:**

	am 2. September	am 4. Dezember
Viehbesitzende Haushaltungen	1120	1037
Pferde	140	147
Kindvieh	147	150
Schweine	112	121
Schafe	84	48
Flecken	298	293
Federvieh (Gänse, Enten, Hühner)	2126	1945
gahme Kaninchen	8319	2412

**Zweite Heimbahn-Lotterie.** In der vom 9. bis 14. d. M. abgehaltenen Ziehung wurden folgende Hauptgewinne gezogen: Nr. 294712 mit 25 000 Mark, Nr. 272340 mit 15 000 Mark, Nr. 294859 und 172073 mit je 10 000 Mark, Nr. 298409, 148426 und 2931344 mit je 5000 Mark, Nr. 63848, 116279, 233396 und 259978 mit je 2000 Mark, Nr. 42468, 94618, 111216, 140520, 171966, 172077, 190713, 224958, 231196 und 274974 mit je 1000 Mark, Nr. 574, 22839, 31048, 70728, 93318, 99088, 10407, 108865, 109766, 120561, 189822, 198322, 195115, 190368, 191387, 210269, 23568, 267216, 274311, 294119 und 297510 mit je 500 Mark. Die Prämie von 75 000 Mark zusammen mit einem Gewinn von 10 Mark fiel auf Nr. 144172. Die vollständige Gewinnliste erscheint am 23. Dezember.

**Vorläufig keine weitere Eisenbahneinschränkung in Sachsen.** Von Preußen sind weitgehende Einschränkungen des Personenverkehrs auf der Eisenbahn durchgeführt worden, besonders ist dort der Erlaubnisschein eingeführt, der eine behördliche Festätigung der Dringlichkeit der Reise enthält. Für Sachsen ist vorläufig keine weitere derartige Einschränkung in Erwägung gezogen.

**Ueberfluß an Lehrern.** Der sächsische Kultusminister hat sich in Bann über die Lehrerverhältnisse Sachsen geäußert und u. a. erklärt, gegenwärtig bestehe ein Ueberangebot an Lehrkräften. Von 1050 Angeboten könnten nur knapp 900 Stellen besetzt werden. Den aus dem Kriegsdienst zurückkehrenden Lehrern soll, bevor sie das Amt antreten, ein angemessener Erhaltungslurlaub gewährt werden. Bis zum Erlaß der Verordnung über Verpflichtung der hängigen Lehrer soll von einer Verpflichtung abgesehen werden, um eine Verärgerung in der Anstellung zu vermeiden. Um eine möglichst große Unterbringung der Lehrer zu ermöglichen, soll besonderer Nachschülerunterricht durch die Gemeinden erteilt werden, sollen mit besten Lehrern in Dorfschulen sein usw. Finanzschwachen Gemeinden sollen hierzu Staatsbeihilfen gewährt werden. Der gleiche Ueberfluß an wissenschaftlichen Lehrern bestehe in den höheren Schulen, da dort noch eine Abnahme der Schülerzahl bevorstehe, da viele Familien nicht mehr in der Lage seien, ihre Kinder auf höhere Schulen zu schicken. Weiter gab der Minister finanzielle Hilfen für die Junglehrer bekannt. Sämtliche Lehrer Sachsens sollen noch im Dezember einmalige Teuerungszulagen im Sinne der Zulagen im September erhalten.

**Witten, 18. Dezember.** Das 184. Infanterieregiment ist hierher zurückgeführt. Oberbürgermeister Lehmann entbot dem Regimentskommandeur Major von Otterlein für die Heimkehrer einen Willkommensgruß.

**Leipzig, 18. Dezember.** Western ist auch Regiment Nr. 106 zusammen mit der 4. Eskadron des 18. Ulanenregiments, freudig begrüßt von der Bevölkerung. In seine alte Garnisonstadt Leipzig eingedrückt. Auf dem Marktplatz fand eine feierliche Begrüßung durch Vertreter der Behörden und der Bürgerschaft statt.

**Dresden, 18. Dezember.** In feierlicher Weise haben heute mittag die Truppen der 23. Division und einige ihr angeschlossene Regimenter ihren Einzug in Dresden gehalten. Die Stadt war prächtig geschmückt und die Soldaten, die im vollen Schmuck ihrer Waffen und Auszeichnungen, sowie mit ihren Fahnen einzogen, wurden von der Bevölkerung mit brausendem Jubel begrüßt. Vor dem Neuen Rathaus hatten sich die Mitglieder der Regierung, die Angehörigen beider städtischer Kollegien, sowie zahlreiche namhafte Persönlichkeiten und Offiziere eingefunden. Vor der Divisionskaserne mit dem kommandierenden General Krug von Nidda und von Falkenstein hier eintraf, ergriß Herr Oberbürgermeister Wäber das Wort zu einer Begrüßungsrede. Auch General Krug hielt eine Ansprache und nach ihm ein Mitglied des Dresdener Soldatenrates.

**Dresden, 18. Dezember.** Eine Erkrankung an Waden ist hier festgestellt worden. Es handelt sich um einen Fall von Uebertragung, der von einem Kurpulscher behandelt worden ist. Die Kranke ist einem hiesigen Krankenhaus überwiefen worden. Auch wurden alle Maßnahmen getroffen, um eine Weiterverbreitung der Krankheit zu vermeiden.

### Kunst und Wissenschaft.

**Die „Leipziger Zeitung“.** Die am 31. Dezember ds. Jo., wie schon kurz berichtet, aus dem Besitze des sächsischen Staates zu erheben und als Regierungsorgan verewindet, erscheint jetzt ununterbrochen seit vollen 250 Jahren. Ihr erster Herausgeber Timotheus Risch ließ ihre erste Nummer am 1. Januar 1660 als „Neuerrausende Nachricht von Kriegs- und Weltwundern“ erscheinen. Schon während des vorausgegangenen Dreißigjährigen Krieges hatte Risch in Leipzig politische Zeitungen herausgegeben und erwirkte sich im Jahre 1649 ein kaiserliches Verbot für die Herausgabe einer Zeitung auf zehn Jahre. Diese „Leipziger Einvernehmliche Ordinar- und Postzeitung“ ist zwar nur in einer einzigen Nummer auf die Nachwelt überkommen, dürfte aber trotzdem in dem ganzen Zeitraum bis Ende 1659 regelmäßig erschienen sein und ist demnach als die unmittelbare Vorgängerin der heutigen „Leipziger Zeitung“ zu betrachten, deren Alter damit um ein weiteres Jahrzehnt heraufgeführt. Die „Leipziger Zeitung“ dürfte damit nicht nur als die älteste Zeitung Sachsens, sondern auch als die oberwiegendste eine der ältesten der heute bestehenden deutschen Zeitungen überhaupt zu betrachten sein.

das Bürgerturn der Sozialdemokratie ja genähert, und man die Ueberzeugung haben, daß künftig beide Parteien in gegenseitigen Fragen vielfach auch gemeinsam arbeiten würden. Hierauf beschloß die Versammlung einstimmig die geplante Gemeinvereinigung und es folgte nun eine außerordentliche Hauptversammlung des

**Deutscher demokratischer Verein für Aue und Umgebung**  
die anfangs dessen Vorsitzender Herr Alfred Fröhliche. Nach der Begrüßung der Mitglieder teilte er mit, daß der Parteiprogramm der deutschen demokratischen Partei noch vorliegt, wohl aber ein Wahlaufruf und Leitfäden, die er zur Verfügung brachte. Weiter hieß er die neuen Mitglieder des Vereins, als den alten Wahlvereinen, willkommen und teilte mit, daß der demokratische Verein beschlossen habe, alle Vorstandsstellen zu erneuern. Es wurden auch sogleich die

**Wahlen des Vorstandes**  
angenommen, und zwar wurden gewählt die Herren Justizrat Gabe als erster Vorsitzender, Kaufmann Alfred Fröhliche als zweiter Vorsitzender, Realshuloberlehrer Hef als Schriftführer und Fabrikdirektor Wilhelm Schreiber als Kassierer. Weiter wurden die Herren Werkmeister Lein, Oberlehrer Hef, Bädermeister Hölzel, Bahngehilfe Dietrich, Buchdruckereibesitzer Seidmann, Fabrikant Hauffe, Fabrikdirektor Weiß, Kaufmann Otto Leifner, Fabrikbesitzer Stadtrat Leichschmidt und Kaufmann Sachs.

Herr Fröhliche verabschiedete sich in bewegten Worten vom Verein, dem er 1 1/2 Jahre vorgestanden hat, mit warmen Dank an die alten Vorstandsmitglieder, die ihm stets treu zur Seite gestanden haben, und übergab hierauf sein Amt dem neuen Vorsitzenden Justizrat Gabe. Darauf berichtete nun Herr Oberlehrer Hef über Umfang und Größe unseres Wahlzuges für die Nationalversammlung und Landesvertretung. Darauf Herr Schriftsteller Fuchsmann sich als Leiter der Wahlorganisation vorstellte (Das Wahlbüro befindet sich im alten Wäberhofstraße 9).

Den der morgigen Wahl eines Arbeitsausschusses wurde vorläufig abhand genommen, es wurde vielmehr der Vorstand ermächtigt, den Arbeitsausschuh zur gegebenen Zeit zu stellen. Hingegen wurden als Delegierte zur Kreisbesprechung der Kandidatenfrage die Herren Alfred Fröhliche, Seidmann und Realshuloberlehrer Hef gewählt.

**Die Verschmelzung des sächsischen Liberalismus.** Der Geschäftshaus Ausschuh des Nationalliberalen Landesvereins und der Vorstand des Landesverbandes der Fortschrittlichen Volkspartei hielten gestern, Mittwoch, in Leipzig eine gemeinschaftliche Sitzung ab, in der die Verschmelzung der beiden liberalen Parteien Sachsens zur Deutschen demokratischen Partei, vorbehaltlich der Zustimmung der noch ausstehenden Parteinstanzen, beschlossen wurde. Die Sitzung der neuen Partei wurde Leipzig bestimmt. Zu Vorständen mit gleichen Rechten wurden Minister a. D. Rischschlegel, Leipzig und Minister a. D. Günther-Flauen, zu Vertretenden Vorständen mit gleichen Rechten Fabrikbesitzer Graf Leipzig und Abgeordneter Dr. Schöbel-Leipzig, zum Kassierer Bankier Wilhelm Meper-Leipzig gewählt.

**Die Hauptversammlung des Vereins zur Unterhaltung der deutschen Fachschule für Metallbearbeitung und Installation in Aue** findet am 2. Februar statt.

1. Zur Trennung von Kirche und Staat. In der Freiremstrasse fand gestern abend eine Gemeindeversammlung für Auerbach statt, in der Pfarrer Meusel über die bedeutungsvolle Trennung von Kirche und Staat sprach. Ueber 200 Gemeindeglieder hatten sich dazu eingefunden und gaben nach den Ausführungen und nachfolgenden Aussprachen einstimmig ihre Zustimmung zu einer Erklärung an das Ministerium, welche fordert, daß, wenn die Trennung überhaupt erfolgen soll, sie allmählich und in schonender Weise vollzogen werde. 54 Gemeindeglieder sind bereit, die Erklärung in allen Haushaltungen der Gemeinde zur Unterschrift vorzulegen. Durch Erheben der Hände gaben sie schließlich ihrer Absicht, treu zur Kirche und Kirche stehen zu wollen, Ausdruck. Auch andere Gemeindeglieder kamen dann noch zur Sprache.

1. Versammlung der christlichen Gewerkschaften. In einer gestern abend im Gemeinschaftshaus hier selbst abgehaltenen, reich besuchten Versammlung hielt der Vorsitzende des Christlichen Metallarbeiterverbandes Lerch aus Chemnitz einen Vortrag über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die Aufgabe der nichtsozialdemokratischen Arbeiterkraft. Der Redner stellte die seit der Revolution eingetretenen Umwälzungen auf den Gebieten und beschäftigte sich dann eingehend mit dem neuen Arbeitsgesetz und den Arbeiterorganisationen. Die Versammlung beschloß, wozu die letzteren als die bedeutendsten Interessentvertretungen der Arbeiterkraft anerkannt werden. Für alle Arbeitnehmer erwachte aus den neuen Bestimmungen die Pflicht, sich ungeschult ihrem gewerkschaftlichen Arbeitsverband anzuschließen. Zum Schluß erklärte Herr Lerch die Wesen der verschiedenen Richtungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und zeigte an der Hand zahlreicher Beispiele, daß für die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehende Arbeiterkraft nur die christlichen Gewerkschaften in Betracht kommen können.

**Kuchenbrotverbot.** Wir verweisen hierdurch auf die Veranlassung der Antisozialdemokratischen Schwarzgebirg in der heutigen Nummer unseres Blattes über das Verbot des Verkaufes von Kuchen und Stollen in Bäckereien usw. Eine solche Verordnung, die für ihre Uebertretung strenge Strafen vorseht, ist vom Gesamtministerium in Dresden für ganz Sachsen erlassen worden.

**Protokollverkauf um 3 Uhr.** Von jetzt ab ist nach einer heute in unserer Blatte abgedruckten Bekanntmachung der Protokollverkauf am Freitag schon ab 3 Uhr nachmittags (bisher 4 Uhr) gestattet.

**Die Auer Kriegeslöhne.** Die Teilnahme an den Auer Kriegeslöhnen hat sich in letzter Zeit wieder erheblich vermindert, indem die an der Leistung der Aueren Beteiligten sich dessen wohl bewußt sind, daß deren Leistungen weit hinter dem zurückbleiben müssen, was man gern bieten möchte, weil es an den notwendigen Materialien fehlt, so ist dennoch aus der dauernden neuen und zahlreichen Kundenschaft zu entnehmen, daß die Kriegeslöhne sich als eine unentbehrliche Einrichtung erwiesen haben. Hingegen dankt gebührt der Firma G. Wölke, die ihre Aueren, ihre Kasseleistungen, die Bezahlung usw. seit Beginn der Kriegeslöhne ohne jeden Untergang zur Verfügung gestellt hat.

Vermischtes.

Wie Oesterreichs Generalität durchbleibt.

Die Oesterreichs Generalität sich in diesen Tagen verbleibt, das zeigt eine Veröffentlichung des deutsch-Oesterreichlichen Soldatenrates über das Ergebnis von Untersuchungen, die in den Bekleidungsämtern von Kaiser-Feldmarschall und Kaiserin vorgenommen wurden, nachdem durchgefunden war, daß militärisches Gut an Personen, die Beziehungen zum Kriegsmilitarismus hatten, zu herabgesetzten Preisen in beträchtlicher Menge verkauft worden war.

geringen Preisen abgegeben. — Eine Versteigerungswirtschaft ohne Waagen ist auf diese Weise Staatsgut im Betrage von vielen Millionen zum Opfer gefallen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Bekanntmachung über Brotbezug vom 4. Dezember 1918 wird aufgehoben und durch folgende ersetzt:

Brotbezug.

Die am Sonnabend jeder Woche Gültigkeit erlangenden Brotmarken des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg dürfen bereits am Tage vorher (Freitag) von nachmittags 3 Uhr ab geliefert werden.

Am Freitag jeder Woche ist vor 3 Uhr nachmittags der Bezug und die Abgabe von Backwaren und Mehl verboten.

Zwischenhandlungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden nach § 80 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918, vom 20. Mai 1918, mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Schwarzenberg, am 17. Dezember 1918. Der Bezirksverband Der Arbeiter- und Soldatenrat der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg. Dr. Wimmer. J. B.: Nagler.

Kuchen- und Stollenbackverbot.

Es wird erneut auf folgendes hingewiesen:

Alle Backwaren, zu deren Bereitung mehr als zehn Gewichtsteile Zucker auf 90 Gewichtsteile Mehl oder mehrlartige Stoffe verwendet werden, gelten als Kuchen oder Torten.

In Bäckereien und Konditoreien ist die Herstellung von Kuchengebäck jeder Art (einschließlich Keks, Kapuziner, Blätterteige und Königsbrotchen) verboten, auch wenn zur Herstellung

lediglich ausländisches Mehl oder sogenanntes Gefahrmehl verwendet werden sollen.

Verboten ist ferner die Herstellung von Kuchen, Oblaten, Zgebäck und Puddings (Cremetorten) in solchen Betrieben, in denen inländisches Mehl zu Schwarz- oder Weißbrot verarbeitet wird.

Es dürfen also z. B. in Bäckereien auch vorgenannte Backwaren nicht hergestellt werden.

Die in Ziffer 1 bis 3 erwähnten Vorschriften finden auch auf Gast- und Gastwirtschaften und ähnliche Betriebe entsprechende Anwendung.

In den unter 2 und 3 genannten Betrieben und Räumen dürfen überdies auch Teige und Massen, die außerhalb dieser Betriebe und Räume hergestellt worden sind, nicht ausgedrückt werden.

Dieses Verbot erstreckt sich nicht nur auf die § 1 Absatz 1 und 2 der Bundesratsverordnung über die Bereitung von Kuchen und Massen, die zu Kuchen oder Torten im Sinne von § 2 der genannten Bundesratsverordnung verwendet werden.

Die Herstellung von Stoffen ist allgemein, auch bei Verwendung anderer Treibmittel als Gase und auch in den Haushaltungen verboten.

Schwarzenberg, am 17. Dezember 1918. Der Bezirksverband Der Arbeiter- und Soldatenrat der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg. Dr. Wimmer. J. B.: Nagler.

Pferdefleischverkauf

bel Georg Brause, Schneebergerstr., Freitag, den 20. Dez. nachmittags von 2 bis 6 Uhr auf die Nummern 9151 bis 11400 auf den Abschnitt E der Pferdefleischkarte.

Auf den Abschnitt entfällt 1/4 Pfund.

Kue, den 18. Dez. 1918. Der Rat der Stadt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selmann. — Druck und Verlag: Kuer Druck- u. Verlags-Gesellschaft m. b. H.

Wer Interesse hat an Erhaltung

eines geordneten Staatswesens, eines leistungsfähigen Bürger- u. Bauernstandes, eines zufriedenen Arbeiterstandes, von Industrie, Handel und Gewerbe, eines glücklichen Familien-Heims, unserer Heimat und Vaterlandes, der trete sofort, besonders auch Frauen, der Ang. Demokratischen Partei für Sachsen bei. Dresden, Straußstr. 15. Nur Unparteilichkeit schützt uns gegen äußere und innere Feinde. Oder soll es so weitergehen? Jeder zählt.

Feinsten Himbeerjast mit reinem Zucker.

„Kuer Feinkosthalle“ in Kaufmanns Hotel.

Schöne Auswahl in Pianos, wenig gebraucht, Friedensware, mit Garantie, sofort lieferbar, verkauft. Ruf 295. Harold, Oelony 1. D.

Gesucht in Schwarzenberg, Sachsenfeld, Neuwelt oder Bielefeld dauernde Wohnung für soliden Arbeiter, Meldungen erbeten unter N. Z. 5771 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Kleinere Maschinenfabrik im Wuppertal,

die als Spezialität Maschinen und Werkzeuge für Metallwarenfabriken herstellt (Exzenters, Frischenspreisen usw.), sucht einen

Techniker als Konstrukteur,

der zuverlässig und selbstbewußt zu arbeiten und jegliche Konstruktionsarbeiten selbstständig auszuführen weiß.

Nur Herren, die ähnliche Stellen erfolgreich besetzt haben und welche Erfahrungen haben, obigen Bedingungen wirklich entsprechen, belieben Angebot unter Angabe der bisherigen Tätigkeits, Gehaltsansprüche, mit Zeugnisabschriften und Bild einzuschicken unter N. Z. 5659 an das Kuer Tagesblatt.

Apollo-Licht-Spiele

Freitag bis Sonntag, d. 20.—22. Dez.

„Trumpf König“.

Lustspiel in 3 Akten. Hauptdarst.: Waldemar Pallander, Else Fröhlich und Oskar Ströbeld.

Die Augen der Mumie Mä.

Abenteuerliche Erlebnisse eines Forschungsreisenden Schauspiel in 4 Akten. In d. Hauptr.: Harry Liedtke und Pola Negri.

Sonntag nachmittag für Kinder ein „Weihnachts-Märchen“.

Wochentags je 2 Vorst. v. 7—9, 9—11 Uhr. Montag und Dienstag z. Weihnachts-Heiligabend bleibt unser Theater geschlossen.

Höflichst ladet ein Apollo-Lichtspielhaus.

Wochenentlastener lichter kleineres Restaurant zu pachten.

Wingeb. unter N. Z. 5659 an das Kuer Tagesbl. erb.

Weihnachts-Geschenke!!!

Verkaufe einige gute Geigen, Cello, Okarina und feine abgestimmte Mundharmonika.

Musiklehrer Ullmann, Aue, Vodelstr. 4.

Kopfhärwasser

in großer Auswahl empfiehlt preiswert

Stern & Gauger Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue, Wettinerstr. 46 am Wettinplatz. Berechtigte amtliche Markenkaufstelle für Kriegswaare.

Kohlensäuren Kalkmergel

hat einige 100000000 auf Lager und kann sof. lief., Postzinsen, Paster- u. Spülmehlen, Weidkrant, Kets Kette liefert nur Verposten (Dgl. 3000 Zentner Spülmehle hier a. Lager).

H. M. Trepte, Arnsdorf, Sa. Tel. Radberg 810 u. Arnsdorf 14.

Hocheleganter Gasleuchter,

8flammig, preiswert zu vert. Wegelstr. 4, I, u.

Filz- Stkauflagen

u. Schreibzeuge

und andere preisliche Büroartikel

sind die schönsten Weihnachtsgeschenke und empfiehlt diese

Wettinerstr. 46, part. links.

Vertreter J. Darlehnsgebl. gef. auch als Nebenberuf. Ang. Charlottenberg 4, Schließl. 14.

Deutsche demokratische Partei Niederschlesma.

Freitag, den 20. Dez., abends 8 Uhr in der Centralhalle

Frauen- u. Wählerversammlung

Vortrag der Gewerbeaufsichtsbeamtin Frä. Zeidler, Chemnitz Die Frau und die neue Zeit.

Vortrag des Schriftstellers Herrn Paul Fuhrmann, Aue Die Frau als Staatsbürger.

Freie Aussprache. Gemeinderatswahl. Frauen! Kommt alle in diese hochwichtige Versammlung! Männer! erscheint in Massen! Es fehle keine über 20 Jahre alte Person! Allen, denen das Wohl und Wehe des Vaterlandes am Herzen liegt, kommen und zelgen in einer machtvollen Kundgebung, daß sie eintreten für eine gerechte Regierung! Keine Herrschaft e i n e r Klasse! Mitbestimmung des g a n z e n Volkes! J. W. Tegner.

Junger Kaufmann,

aus dem Felde zurück, sucht Vertrauensposten für 1. Januar 1919. Angebote unter N. Z. 5762 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Kontoristin,

perfekt in stenographieren u. Maschinenschriften, sucht Stellung. Angebote erbeten unter N. Z. 5778 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Geübte Stepperinnen

für Herrenkragen suchen F. W. Gantenberg A.-G., Aue i. E.

Kleinere Maschinenfabrik im Wuppertal,

die als Spezialität Maschinen und Werkzeuge für Metallwarenfabriken herstellt (Exzenters, Frischenspreisen usw.), sucht einen

Techniker als Konstrukteur,

der zuverlässig und selbstbewußt zu arbeiten und jegliche Konstruktionsarbeiten selbstständig auszuführen weiß.

Nur Herren, die ähnliche Stellen erfolgreich besetzt haben und welche Erfahrungen haben, obigen Bedingungen wirklich entsprechen, belieben Angebot unter Angabe der bisherigen Tätigkeits, Gehaltsansprüche, mit Zeugnisabschriften und Bild einzuschicken unter N. Z. 5659 an das Kuer Tagesblatt.

Herrenhut

auf der Gabelberger-Strasse 2. Wind abgetrieben worden. Gegen Belohnung abzugeben im Kuer Tagesblatt.